

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Februar 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 30 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19

Des jährlichen Buhalts wegen erscheint Nr. 22 erst am 22. Februar. Veröffentlichungen für die Zeit vom 17. bis 21. Februar müssen mindestens bis Sonnabend, den 15. Februar früh, in unsern Händen sein.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Rückblicke und Ausblicke, VII.**  
Das Buchgewerbe im Zustande: Österreich. — Holland. — Spanien.  
Korrespondenzen: Berlin (M.-S.). — Danzig (M.-M.). — Genua. — Leipzig. — München. — Meissen. — Minden. — Neubabelsberg. — Neuf a. Rh. — Pforzheim. — Pforzheim (M.-M.). — Straßburg i. E. — Worms a. Rh. — Zwickau.  
Ausblick: Meisterprüfung. — Eine feine bündlerische Familie. — Selbsterkenntnis einer Zwangsinnung. — Was bedeutungs- und verhängnisvolle Komma. — Ein Schiedsspruch als Resultat der bisherigen Tarifverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe. — Gewerblich-kulturelle Arbeit auf dem Deane. — Demonstratives Zeichenbegangnis als Proleten gegen Betriebsunfallgefahren. — Statistik der christlichen Gewerkschaftsvereine. — Schätzung der Krankenkassenangehörigen durch die Reichsversicherungsordnung.

### □ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

#### VII.

Programmänderungen sind heute an der Tagesordnung. Auch bei einer Artikelfolge macht sich einmal ein Abweichen notwendig. In dieser Lage befinden wir uns jetzt. Der nachfolgende Aufsatz sollte den Abschluss bilden, ein anderer mit der Behandlung eines Spezialgebietes war vorweggehend gedacht. Wichtigste Gründe lassen eine Umstellung angezeigt erscheinen. Es sei dies nur erwähnt, damit unsere wachamen Kritiker sich den Vorhalt eriparen können, diese Artikelserie sei in ihrem logischen Aufbau mangelhaft.

Wir kommen somit zu den allgemeinen gewerblichen Verhältnissen. Darüber könnte vieles und breites geredet werden. Aber wir haben es ja an der Erörterung der die Gehilfenschaft wie die Prinzipale bewegenden Zeitfragen, die oft genug als Streikfragen zu großen Bedenkllichkeiten und nicht selten auch zu hitigen Disputen geführt haben, nicht fehlen lassen, so daß über manches, hinweggegangen werden kann. Immerhin wird dieses Kapitel erst in der nächsten Nummer beendet werden, da sonst der vorliegende Artikel zu groß würde.

Eine gewisse Klärung ist ja zweifellos eingetreten. Der Tarifgemeinschaft, gegen die im vergangenen Jahre — und in munterer Fortsetzung auch im neuen — die Arbeitgeberverbände der Delparados geradezu wahnsinnige Attacken vollführt haben, wollten die Prinzipalskreise nicht den Krieg erklären haben, die von diesen unbeherrschbaren Bildersümmern als in ihrem Schlepptau hängend angesehen werden. Wenn es bei dieser Feststellung auch zu einer Andeutung der prinzipalsseitigen Voraussetzungen für einen weiteren Tarifabschluß kam, so wird diese an sich nicht zukunftsprohe Ansage paralytisch durch die Gewißheit, welcher Kurs eingeschlagen werden soll. Wenn in dieser Richtung nun ziemlich klar geblickt werden kann, so braucht man noch nicht überall Schreckgespenster zu sehen. Auch ist von dem so viel geforderten offenen Blick, mit dem alle Dinge betrachtet werden sollen, nichts zu merken, wenn man mit Scheuklappen einhergeht. Die einfach imponierende Ruhe, die die augenblicklichen großen Tarifbewegungen im Bau-, im Holz- und im Malergewerbe auszeichnet, trotz der hier vorhandenen außerordentlichen Schwierigkeiten, müßte auf unserer Seite überall als vorbildlich empfunden werden. Nicht die verschiedenlich so in die Erscheinung tretende Aufgeregtheit spricht für das unentbehrliche gewer-

schäftliche Kraft- und Machtgefühl, sondern die Geistesfreiheit, die von jenen Organisationen in sehr kritischer Zeit gezeigt wird.

Wie die „Zeitschrift“ im allgemeinen immer von höherer Warte aus die Erscheinungen der Zeit beurteilt, Ausnahmen davon gewiß auch vorkommen und dann in besonderen Ursachen oder Verhältnissen begründet liegen oder auf inoffizielle Artikel zurückzuführen sind, so schrieb sie zum Antritte von 1913 den bemerkenswerten Satz:

Die im Gewerbe bestehenden Organisationen, welche reelle und positive Zwecke verfolgen — auf der Prinzipalsseite wie auf der Gehilfenseite —, haben in einem Verhältnisse gegenseitigen Sichverstehens und Sichachtens für unsern Verein gefunden. Das ist dem Frieden und der Eintracht wie auch dem geschäftlichen Gelingen in unserm Gewerbe nur förderlich gewesen und verspricht auch für die Zukunft das Beste.

Auch unter Berücksichtigung der manchmal sehr unterschiedenen Stellungnahme gegen den Deutschen Buchdruckerverein, zu der wir im vergangenen Jahre verschiedentlich genötigt waren, blüht dieser Passus nichts an Berechtigung ein. Der in der vorletzten Nummer ziemlich erkennbar gemachte Sprechsaalartikler der „Buchdruckerwoche“ wird darin mit feinen Gefinnungsgenossen freilich wieder einen Beweis gefunden haben, wie sehr dem Prinzipalsorgane die bewußte starke Hand fehlt: Sein Axiom gegen die „Zeitschrift“ dürfte vielleicht auch darauf zurückzuführen sein.

Aber nicht allein bei den stillen Associates des Arbeitgeberverbandes wird dieser Satz Verdruss erregt haben, sondern bei diesem selbst und anderswo auch noch. Es wird darin ja nicht schlangweg von den in unserm Gewerbe bestehenden Organisationen gesprochen, sondern die Einschränkung: „welche reelle und positive Zwecke verfolgen“, weist auf die in Betracht kommenden Koalitionen auf beiden Seiten hin. Der Arbeitgeberverband wie der Gutenbergbund haben also keine reellen und keine positiven Zwecke zum Ziele. Das ist ein gar zutreffendes Zeugnis für diese zwei Sonderbündeleien! Und wie sie in der Unreueklät ihrer Absichten gleich einzuschätzen sind, so haben sie sich selber, und diese schlechte Eigenschaft auch in dem Jahre mit der Unglückszahl weiter betätigend, als stark von der Denunziationslust befallen gezeigt.

Wenn den Worten immer Glauben zu schenken wäre, so müßte Treffert mit samt seinem „Typograph“ ja ein Musterbild aller christlichen Tugenden sein. Ein ganzes Vierteljahr war aber nötig, um eine von dem Prinzipalsvertreter Dr. Heimann und dem Gehilfenvertreter Emil Albrecht verlangte Richtigsstellung einer unwahren Behauptung im „Typ.“ durchzusetzen. Und auch dann noch blieb das Organ für „Klarheit und Wahrheit“, das dem Wahrheitsbeweis unter allerlei Ausflüchten ausgewichen war, dabei, daß die aufgestellten Behauptungen (gegen den Führer Arbeitsnachweis) wahr seien! Vor einigen Monaten hat sich der „Typ.“ einmal großsprecherisch auf seine Moral etwas zugute getan und für seine heilige Sache endlich den Sieg vorausgesehen: „weil wir mit ehrlichen Mitteln kämpfen, mit Gründen arbeiten und Beweise für unsre Behauptungen erbringen“. Die sich durch Sperrdruck selbst affektierten Tugenden, die beim Verbands natürlich vollständig fehlen, haben in der Berichtigungsache der rheinisch-westfälischen Kreisvertreter aber so total verlagert, daß sie auch sonst nicht als vorhanden gelten könnten, wenn man nicht schon wüßte, daß sie

bei Leuten dieses Schlags niemals eine Heimstätte gehabt haben. Prächtige Stichproben, wie die stichhaltigen Gründe, die erbrachten Beweise und die ehrlichen Mittel beschaffen sind, mit denen der „Typ.“ Klarheit und Wahrheit über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe schafft, sollen später geliefert werden. Sie werden den Kölner Fall noch in den Schatten stellen und für die Gutenbergbundenkollapsen unter den Prinzipalen ganz peinliche Überraschungen bringen. Für diesmal sei nur noch einer andern großen Begabung von Treffert gedacht: seinem Denunziationsfieber. Der „Typ.“ hatte in seiner niedrigen Gefinnung den freiwilligen Verdacht ausgesprochen, der Organisationsplan der „Bayerischen Staatszeitung“ könnte ja durch einen Vertrauensbruch des betreffenden Druckereipersonals bekannt geworden sein. Im „Korr.“ wurde ein solch schäbiges Gebahren mit aller Deutlichkeit gekennzeichnet. Die „Zeitschrift“ nahm von diesem unerhörten Vorgang und unserer Brandmarkung Notiz und lagte:

Der „Korr.“ hat jedenfalls recht, wenn er die Wahrnehmung des Berufsheimnisses im Buchdruckereibetrieb als die wichtigste Funktion der Berufsethre ansieht, die den Prinzipal wie alle Mitarbeiter bis zum jüngsten Lehrlinge gleichermaßen angeht. Ohne überzeugendes Beweismaterial dürfen auch solche Vorwürfe, die in ihrer Allgemeinheit die ganze Gehilfenschaft treffen, wohl nicht ausgesprochen werden.

Der „Typograph“ sedate diese moralische Ohrfeige ruhig ein und unterließ diesmal sogar den Versuch zu einem sogenannten Wahrheitsbeweis.

Unter diesen Umständen hat es einen besonderen Reiz, unter den Zentrumsblättern, die für den braven Gutenbergbund immer noch die von der christlichen Gewerkschaftskorrespondenz eifrig veränderten Walschjettel abdrucken oder mitunter auch aus eignen sich für dessen Wahrheitshelden in geistige Ankosten stürzen, gerade die „Niederrheinische Volkszeitung“ in Arefeld zu sehen. Die Zahl dieser freiwilligen Streiter für die „gerechte Sache“ des Bundes ist in der Zentrumspresse eigentlich in der Abnahme begriffen. Angesichts der unangenehmen Erfahrungen, die hinsichtlich der Zuverlässigkeit der vom oder über den Gutenbergbund verbreiteten Meldungen zu machen auch diesen Blättern nicht erspart blieb, wie auch der unqualifizierbaren Angriffe des „Typ.“ gegen die Tariforgane ist diese Reserve sehr wohl zu verstehen. Auch dürfte die Erkenntnis um sich gegriffen haben, daß nichts das Neutralitätsgeplär der Bundesführer mehr bloßstellte, als wenn ausgerechnet Organe der Zentrumsparke, für die die Neutralität der Gewerkschaften auch zu einem Stöckchenperde geworden ist, sich für den „neutralen“ Gutenbergbund so ins Zeug legen. Merkwürdigerweise hat die „Niederrheinische Volkszeitung“ dafür gar kein Empfinden. Sie druckte z. B. am 13. Januar mit einigen Wortveränderungen, die jedoch keineswegs eine Milderung bedeuteten, einen ebenso heftigen wie lächerlichen Erguß aus der christlichen Gewerkschaftskorrespondenz ab, der einerseits eine Reinwaschung des Unschuldslammes Treffert sein sollte, andererseits aber eine so ungeschminkte Propaganda für den Gutenbergbund war, daß man kaum über diese Kurzsichtigkeit. Der Gutenbergbund müßte danach eine Zentrums-gewerkschaft von reinem Wasser sein! Was in Anbetracht der Tatsache, daß der Besitzer des gedachten Arefelder Blattes — ein im Deutschen Buchdruckervereine wie in der Tarifgemeinschaft sehr bekannter und tätiger Prinzipal — wohl am lauteften strenge gewerkschaftliche Neutralität fordert,

da eine reizende Ausdeutung wäre, wie man an gewissen Stellen besagte Neutralität in Wirklichkeit versteht. Es kann keine Rede davon sein, daß der Besitzer der „Niederrheinischen Volkszeitung“ diese liebevollen Anwürfe gegen den „Korr.“ und (abgeschwächt) auch gegen den Verband nicht billigt. Ein- oder ein paarmal kann so etwas ja durchgehen, aber hier liegt System darin, zu dem schwerlich die Redaktion jenes Blattes eigenmächtig übergegangen ist. Bedenkt man, was der Gutenbergsbund im vergangenen Jahr alles an böswilligen Beschuldigungen gegen die Tariftgemeinschaft sich geleistet hat, so ist unter diesem Gesichtswinkel erst recht auch die geringste Begünstigung des Bundes eine Unterfützung seiner Querfreibereien. Vielleicht hat die „Niederrheinische Volkszeitung“ inzwischen eine neue Unwahrheit aus der von der Bundesleitung inspirierten christlichen Schwindelkorrespondenz abgedruckt. Diese „sozialdemokratische Agitation unter den Lehrlingen im Buchdruckgewerbe“ sich nennende Wahrheitsverschöndlung kann ja vom 10. Februar ab zur Spaltenfütterung benutzt werden und wird diesem Zwecke jedenfalls wieder in einigen Zentrumsorganen dienen. Da bekanntlich eine Liebe der andern wert ist, können wir uns daher in Zukunft revanchieren durch ausführlicheren oder kürzeren Abdruck der auf jeden Fall interessanten Polemiken und Eingelands in der „Volkstribüne“ in Krefeld, wie sie in den letzten Monaten verschiedentlich den Betrieb der „Niederrheinischen Volkszeitung“ oder in demselben übliche Tarifinterpretationen oder die jetzt dort herrschende Bundesfreundlichkeit zum Gegenstande hatten. Dieses Blatt druckt unbedenklich der christlichen Gewerkschaftskorrespondenz die stärksten oder schwindelhaftesten Sachen gegen den „Korr.“ oder unsere Organisation glatt oder so gut wie unverändert ab, wenn wir umgekehrt nun etwas wählerischer vorgehen und lediglich die schönsten, aber allgemein interessierenden Brocken herausfischen würden; dann wäre das doch von uns aus nur ein höchst loyaler Ausgleich — nicht wahr, Herr Otto?

Die andre gewerbliche Organisation, der die Verfolgung wecker- und positiver Zwecke nicht nachgelagert werden kann, der Arbeitgeberverband hat diese schlechte, aber zutreffende Meinung über ihn wieder durch seine zweite Eingabe an die Reichsregierung bekräftigt. Wir haben sie in Nr. 16 in ihrem Kernpunkte zerpflückt und damit gezeigt, daß das, was diese Leute dem Reichskanzler vorzumachen belieben, nicht einmal mehr auf die berühmte Kuhhaut geht. In seiner Nr. 2 (28. Januar) orakelt das Arbeitgeberverbandsorgan, das Tarisamt hätte sich in seiner Gegenagitation an die Regierungen „offen zum Koalitionszwang bekannt und alle diejenigen, die nach wie vor für die gewerbliche Koalitionsfreiheit eintreten (der Arbeitgeberverband rechnet sich in seiner Verblendung hierzu! Red.), für Analphabeten des Organisationswesens“ erklärt“. Den sogenannten Beweis dafür erbringt das Organ der unverbesserlichen Weltverbesserer mit der Zitation einer in der tarifamtlichen Eingabe entfallenen Stelle aus einem Artikel des Dr. Waldemar Zimmermann (der „Arbeitgeber“ gibt dem Redakteur der „Sozialen Praxis“ konsequent den Vornamen Ewald), die natürlich das strikte Gegenteil von dem im „Arbeitgeber“ behaupteten besagt. Die „Zeitschrift“ und der „Korr.“ werden selbstverständlich mit der nämlichen Begründung zu „Vertretern und Verfechtern des Koalitionszwanges“ gestempelt. Mit dieser fundamentalen Entdeckung geht man auch in einem Zirkulare des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes krebelen, das vom 22. Januar d. J. datiert, uns loben zugeht und auch sonst so bemerkenswert ist, daß wir es hier im Wortlaute folgen lassen:

In der Anlage erhalten Sie ein Exemplar der Eingabe an den Herrn Reichskanzler, mit welcher der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Eingabe des Tarisamts beantwortet hat.

Die Tatsache, daß das Tarisamt jetzt offen für den Koalitionszwang eingetreten ist, der zur völligen Unterwerfung unseres Gewerbes, auch der bisher noch tariffreien Firmen, unter den sozialdemokratischen Gehilfenverband führen wird, verpflichtet uns, den Kampf, in den wir eingetreten sind, hinfür mit verdoppelter Energie weiterzuführen. In der noch im Laufe dieses Monats oder Anfang Februar stattfindenden Vorstandssitzung wird über die hierzu einzuschlagenden Wege beschloffen werden.

Daß unter diesen Umständen weif mehr Geldmittel vorrösten sind, als wir in der letzten Hauptversammlung bei Aufstellung des Etats für 1912-13 glaubten, liegt auf dem Sande. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß Sie bereitwillig werden dargereicht werden. Ein heifzer Kampf, ein schwer zu erreichendes Ziel erfordern nicht unbeträchtliche Opfer. Der endlich erlangte Sieg wird uns reichlich dafür belohnen. Ich bitte nun um gütige Einfindung der Jahresbeiträge für 1912-13 (§ 3 des Statuts).

Bis jetzt ist noch fast gar kein Jahresbeitrag eingegangen, und ich habe alle erforderlichen Vorschläffe leisten müssen. Ist es eben möglich, so bitte ich auch um Einfindung eines außerordentlichen freiwilligen Beitrags.

Die Verhandlungen betreffs Versicherung gegen Streikschiäden sind dahin geblieben, daß die Freiwilligkeit des Anschlusses unsern Mitgliedern gewahrt bleiben soll. In kurzer Zeit hoffen wir die Bedingungen, unter denen ein Anschluß an die Streikversicherung der Hauptstelle möglich ist, unsern Mitgliedern bekanntgeben zu können.

Die letzten Verhandlungen mit der Reichsregierung haben gezeigt, daß es von der größten Wichtigkeit ist, daß unsre Mitgliederzahl sich mehrt. Man neigt dort immer noch zu der Annahme, daß die Buchdruckereibetriebe im allgemeinen mit der gegenwärtigen Tarifpolitik einverstanden sind und sich ihr völlig zufrieden sind. Ich bitte darum auch alle Mitglieder, mit ganzem Ernst auf die Vermehrung unsrer Mitgliederzahl bedacht zu sein.

Ebenso bitte ich, unsern Bureau alle Lehrlinge zu nennen, die Oftern austreten und nicht gefolmen sind, in den sozialdemokratischen Verband einzutreten. Wir werden für ihre gute Unterbringung Sorge tragen.

Die Verhältnisse in unserm Gewerbe liegen für unsre Ziele günstiger, als man vielfach glaubt. Es kommt also nur darauf an, daß wir unverbrossen weiter kämpfen.

Außer der zu Anfang erwähnten Eingabe erhalten die Mitglieder auch den letzten Geschäftsbericht der Hauptstelle und die Erklärung des Vorstandes betreffs Stellung zur Tariffrage.

Dieses Rundschreiben ist „an sämtliche Herren Mitglieder“ gerichtet, was in Anbetracht des sehr beschränkten — zahlenmäßig natürlich — Kreises unsrer honorigen Scharmacher komisch genug klingt. Es ist nicht das erstemal, daß der Arbeitgeberverband den Betsack schwingt. Nach den Tarifverhandlungen bekamen wir auch von einem solchen Notschrei Kenntnis. Jetzt, wo man den Stand der Scharmacheraktien abermals als überaus günstig erscheinen läßt, nimmt sich das Kieselgeseß des Herrn Stillesen der dieses Zirkular gezeichnet und der auf Vorküßeln aus der eignen Tasche den Kieselbetrieb des Arbeitgeberverbandes aufrechterhalten muß, wieder wie eine blutige Ironie aus. Daß mit irgend einem Regierungsvertreter „Verhandlungen“ über die „Mißstände“ in der Tariftgemeinschaft gepflogen sein sollen, ist nicht unmöglich. Der dritte Vorsitzende ist ja Reichstagsabgeordneter, der als Mitglied des mächtigen Zentrums schon einmal angehört sein mag. Aber der Wink, den man dem Arbeitgeberverbande gegeben hat, daß seine Mitgliederzahl eine ernsthafte Beschäftigung mit den sorgfölesthen Denunziationen der Tariftgemeinschaft ausschließe, ist so gar nicht trossreich für die Zillesaner. Ihre numerische Winzigkeit ist ihre Achillesferse. Darum der zweite Notschrei nach mehr Mitgliedern. Aber da verlangen gleich alle Mittel. Mit den tarifgegnertischen Absichten des Arbeitgeberverbandes identifiziert man sich wohl in diesen oder jenen Prinzipalskreisen, mit ihm selbst jedoch nicht. Und wie hier die Trauben zu hoch hängen, so auch bei dem Fange der Auslernenden, die man wohl dem befreundeten Gutenbergsbunde zutreiben möchte. Wenn wir auch die Wählbarkeit der Scharmacher nie unterschätzt haben, auch die eifrige Hilfe ihrer Spießgesellen im Tugendbunde nicht, so werden diese „Organisationen“ wegen der Unreellität ihrer Zwecke gegen die guten und gemeindlichen Tendenzen der Tariftgemeinschaft und der sie fragenden Organisationen um so weniger aufkommen können, je verschiedener, überzeugter und freier von aller Voreingenommenheit und Einbläserei hier von beiden Seiten an den seit sechzehn Jahren bewährten Richtlinien auch künftig festgehalten wird. Im vergangenen Monate sind drei Anwälte des Scharmacherturns (Dr. Kühle, Wolff und Oshenbrunner) vor dem Schöffengericht in München durch einen für sie wenig erbaulichen Vergleich einer Bestrafung wegen Beleidigung von Professor Lujo Brentano entronnen. Auch der „Arbeitgeber“ hat aktiven Anteil an dem scharmacherischen Kesseltreiben gegen Brentano gehabt. Ein klein wenig könnte man doch wohl aus diesem gerichtlichen Vorgange gelernt haben, daß man schwer auf dem Holzweg ist.

**Österreich.** Die infolge der kriegerischen Ereignisse in den Balkanländern eingetretene wirtschaftliche Krise, deren Wirkungen sich in Österreich in hervorragendem Maße geltend machen, haben im Vorjahre das Buchdruckgewerbe sehr in Mitleidenschaft gezogen. Wie wir dem an die österreichische Gewerkschaftszentrale erstatteten Berichte des Verbandes der Vereine der Buchdrucker und Schriftsetzer und verwandten Berufe entnehmen, war die Arbeitslosigkeit im Jahre 1912 eine bedeutend höhere als im Jahre zuvor, was selbstverständlich auch eine größere Inanspruchnahme der Unterstützungsrichtungen des österreichischen Verbandes zur Folge hatte. Die Unterstützung der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise erforderte allein nahezu eine Viertelmillion Kronen, und der Gesamtbetrag aller von den Verbandsvereinen gewährten Unterstützungen (an Kranke, Arbeitslose am Ort und auf der Reise, Invalide usw.) wird sich für das Jahr 1912 auf über eine Million Kronen belaufen. Der Mitgliederzuwachs dürfte 500 Mann betragen, wodurch der aktive Mitgliederstand die Zahl von 16000 übersteigen hat. Die Zahl der Organisierten stieg auf 97 Proz. Der Vermögensstand der Vereine dürfte einen Zuwachs von 50000 Kronen erfahren, wodurch er eine Höhe von 2600000 Kr. erreicht haben wird.

**Holland.** Die durch die Tagespresse einberufene Prinzipalsversammlung in Utrecht nahm einen bemerkenswerten Verlauf. Aus allen Himmelsrichtungen hatten sich die Prinzipale aus dem ganzen Lande nach der genannten Bischofsstadt begeben, um Pläne zu schmieden zur Beendigung der Lohnbewegung in Amsterdam. Die Einberufer jener Versammlung, die Amsterdamer Prinzipale, gingen von vornherein mit der Absicht ein, die infolge der beabsichtigten Aussperrung in Amsterdam unausführbaren Druckaufträge auf die verschiedenen Provinzen zu verteilen. Auf diese kurzschichtige Art und Weise glaubte man nämlich den ausständigen Gehilfen ein Schnippchen schlagen zu können. Selbst in der zu erwartenden Weigerung einiger Personale in der Provinz, die Streikarbeiten herzustellen, wurde von der Prinzipalsleitung kein Nachteil für ihre Sache erblickt, sondern ein Vorteil insofern, als dadurch die Verbandskasse der Gehilfen um so gründlicher ausgepumpt werden würde. Die Provinzprinzipale brachten den hochfliegenden Plänen ihrer Amsterdamer Kollegen aber nur geringes Verständnis entgegen. Beispielsweise vertrat ein organisierter Prinzipal aus der Provinz einen recht vernünftigen Standpunkt, indem er in der Debatte u. a. folgendes zum Ausdruck brachte: „Hören Sie mal, meine Solidarität beginnt bei meiner Frau und meinen Kindern, dann kommen die Gehilfen, die Mitarbeiter meines Unternehmens sind, und dann erst kommen meine Kollegen, die doch nur zu häufig gefährliche Konkurrenten sind.“ „Was ist die Aussperrungsolidarität vorbeizukommen“, wurde von der Abteilung Gouda der Prinzipalsvereinigung ein Antrag eingereicht, nach welchem dem Hauptvortrag aufgetragen werden sollte, sich nochmals zu einer Besprechung mit dem Streikkomitee zu Amsterdam herbeizulassen. Diefem Ansuchen trat man aber am Vorstandssitz entgegen, weil das Verlangte „mit einem Kniefalle vor der Arbeiterorganisation gleichbedeutend“ sei. Dabei hatte man die wiederholten Eingangsversuche von Gehilfenseite glatt abgewiesen. Um die Situation zu retten, wurde ein von Amsterdamer Prinzipalen eingebrachter Antrag angenommen, welcher besagte, daß die Versammlung erwägen möge, welche weitere Maßregeln gegen die Gehilfen unternommen werden könnten, und dem Hauptvortrage des Prinzipalsvereins die Verpflichtung auferlegte, mit den Gehilfen nochmals im Sinne des Antrags Gouda zu verhandeln, wenn von deren Leitung aus nochmals um eine Konferenz gebeten würde. Bei der Abstimmung über diesen Antrag herrschte in dem Sitzungssaal indes eine große Uneinigkeit. Die Versammlungsleitung begriff das sehr schnell und erluchte kurz und bündig diejenigen Herren, welche nicht gewillt seien, die gegen die Gehilfen zu treffenden Maßnahmen moralisch wie werktätig zu unterstützen, den Saal zu verlassen. Hierauf erhob sich von den etwa 300 anwesenden Prinzipalen die kleinere Hälfte von ihren Sitzen und entfernte sich. Aber auch von den Abtrübneliebenen fanden die meisten der Sache nur wenig sympatisch gegenüber. Schließlich zeigten sich noch 70 Prinzipale erbötig, Streikarbeiten mit nach Hause zu nehmen, jedoch größtenteils unter der Bedingung, daß im Falle sich bei ihren Gehilfen keine Luft zeige, derartige Arbeiten amaufertigen, sie diese wieder zurücksenden dürften. Nur ein Dutzend fand sich schließlich bereit, im Weigerungsfalle ihre Gehilfen auszusperrern.

Schon der Verlauf der Utrechter Versammlung die Uneinigkeit im Prinzipalslager deutlich hervortreten, so fand die Tarifbewegung in der letzten Woche vollends im Zeichen der Verwirrung unter den Prinzipalen. Durch die Ablehnung des Herrn Zwart, dem Aussperrungsbeschlusse nachzukommen, und die darauffolgende Kapitulation der Firma Lindenbaum machte sich unter den Amsterdamer Prinzipalen eine große Empörung bemerkbar, weshalb sie fünf Mitglieder aus dem Verein ausschloffen. Herr Zwart entschuldigte sein Beginnen in ausführlicher Weise in den Tagesblättern, indem er u. a. ausführte: Trotzdem in diesem Streike die Vermittlung der Arbeitskammer von Seiten des Prinzipalsvereins sowohl wie von den Gehilfen gern angenommen worden wäre, haben die Amsterdamer Prinzipale diese verweigert. Daraufhin sei ihm die Mitteilung gegangen, daß man zur Aussperrung der Gehilfen übergehen sollte, mit dem Vorbehalte, daß die Streikbrecher die in den gesperrten Druckereien untergebracht seien, von der Aussperrung ausgeschlossen sein sollten. Ein solches Beginnen könne er nicht billigen. Die Ansicht des Herrn

Zwar stand aber nicht vereinzelt da, sondern er fand Unterstützung in seinem Kollegen Arnold de Vita. Er nähme an, so schrieb dieser Herr öffentlich im „Telegraaf“, daß das Streikkomitee in seinen Forderungen etwas zu weit gegangen sei, doch seine Vermutung bestärkte ihn, wenn er sage, alles wäre längst in Ordnung gewesen, wenn man ohne die Anrufung des Niederländischen Bond van Boekdrukkers und seines Vertrauensmannes, Herrn Beraart, aufgetreten hätte. Wenn man vernünftiger und verständlicher gehandelt hätte, dürfte man nicht mit einem Ultimatum beginnen. Und diese taktlose Tat wurde durch Herrn Beraart mit oder ohne Überlegen des Amsterdamer Prinzipalsvereins begangen, was direkt eine Verberührung unter den Gehilfen habe hervorrufen müssen. Nachdem auch der Vermittlungsversuch der Arbeitskammer (welcher von Gehilfen seitens akzeptiert wurde) von Herrn Beraart durchkreuzt worden sei, hätten dann einige Prinzipale selbständig mit dem Streikkomitee verhandelt, was für diese zur Einigung führte.

Nach diesem Vorgehen war die Uneinigkeit unter den Prinzipalen so groß, daß eine Firma nach der andern abfiel und ihre Gehilfen wieder zurückrief. Dieses Abbrechen veranlaßte dann die übrigen Prinzipale, von ihrem Standpunkte, mit den Gehilfen nicht mehr zu verhandeln, abzulassen. Einem der übrigen, der als Vermittler auftrat, gelang es, die Gehilfen zu bewegen, etwas ermäßigtere Forderungen aufzustellen, während welcher Zeit ein Waffenstillstand eintrat.

Die Forderungen der Gehilfen lauteten: 1. Der Minimallohn für 25 Jahre alte Geher beträgt 26 Cent pro Stunde. Mindestens  $\frac{9}{10}$  der in einem Geschäfte tätigen Gehilfen müssen diesen Lohn verdienen. Ferner  $\frac{1}{10}$  von 20 bis 26 Cent,  $\frac{1}{10}$  von 14 bis 20 Cent und  $\frac{1}{10}$  unter 14 Cent pro Stunde. Über höhere Löhne soll eine aus Prinzipalen und Gehilfen zusammengesetzte Kommission beschließen. 2. Der Minimallohn für Maschinenleger beträgt 30 Cent pro Stunde. (Für Nacharbeit tritt eine Erhöhung von 1 Gulden ein.) 3. Drucker an einer Schnellpresse erhalten einen Minimallohn von 27 Cent pro Stunde. Alle andern Löhne für Drucker und über das Verbalten in der Druckerei beschließt eine zusammengesetzte Kommission. Solange diese Kommission mit ihren Arbeiten noch aussteht, soll eine übliche alljährlich eintretende Lohnerhöhung eintreten. 4. Die Münsterländische Prinzipalsvereinigung beschließt, ihren Mitgliedschaft zu verbleiben, Gehilfenmaßnahmen vorzunehmen. 5. Entlassung wegen Arbeitsmangels. Bei Aufhebung des Streiks werden alle Gehilfen wieder eingestellt. Bei Arbeitsmangel können diejenigen Gehilfen entlassen werden, welche zuletzt in Arbeit genommen wurden oder die für eine Spezialarbeit eingestellt wurden. Bei Neueinstellungen sollen die entlassenen Gehilfen zunächst berücksichtigt werden. 6. Die beiden oben genannten Kommissionen sollen innerhalb eines Monats nach Aufhebung des Streiks zusammengetreten sein.

Zur bisherige Kontrakt bleibt noch bis zum 1. Januar 1914 bestehen unter Einhaltung obiger Bedingungen nebst vier Tagen Ferien und 125 Proz. Aufschlag für Überarbeit und für Arbeit an Feiertagen. Des ferneren soll der Lohn fortan berechnet werden zu 57 Stunden pro Woche und nicht mehr zu 60 Stunden wie vorhin.

Wenn sich auch im Anfang ein abnehmendes Verbalten auf Prinzipalseite gegenüber den ermäßigten Forderungen der Gehilfen bemerkbar machte, so ließen sich die Prinzipale nach dreitägiger Beratung doch herbei, diese Forderungen der Gehilfen anzuerkennen. Damit war die Tarifbewegung in Amsterdam als beendet anzusehen.

In der alsbald einberufenen Gehilfenversammlung war man mit dem Resultate teilweise nicht recht einverstanden. Bei der Abstimmung zeigte sich jedoch eine gute Disziplin zugunsten des Vorstandsvorschlags, denn mit 390 gegen 131 Stimmen wurde die Aufhebung des Streiks beschlossen. Bemerkenswert sei hierbei noch, daß unter 18 Jahre alte Gehilfen von der Abstimmung ausgeschlossen waren.

**Spanien.** Der zu verzeichnende Umschwung zum Besseren in der Organisation der spanischen Prinzipale ist auch auf die Gehilfen nicht ohne günstigen Einfluß geblieben. In einem der letzten Berichte deuteten wir schon an, daß die spanischen Kollegen mit dem Plan umgehen, eine Tarifgemeinschaft nach deutschem Muster durchzuführen, und heute kann mitgeteilt werden, daß Kollege M. Garcia, derzeitiger Präsident des spanischen Verbandes, hiefür, was er vor nicht allzulanger Zeit einer staunenden Versammlung versprochen. Vor uns liegt nämlich das Projekt für die Zentralisation des Verbandes, welche bei guter Funktion das beste Fundament für eine Tarifgemeinschaft abgibt. Mit der Beratung und Bervollkommnung des Projektes wird sich ein außerordentlicher Kongreß befassen. Kollege Garcia Projekt enthält als Hauptpunkte: Einführung der Streikunterstützung, 2,50 Fr. pro Tag in der ersten Woche, 2 Fr. für die nächsten sechs Wochen und 1,50 Fr. für weitere sechs Wochen. Unterstützungen für Mahnungen, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Alter; ferner Sterbegeld, Anzugszuschuß und, um den fäuldischen Sitten Rechnung tragend, eine Entschädigung für Gefängnisstrafen, die man sich des Verbandes wegen zugezogen (für jeden Samstag der verloren gegangene Arbeitsverdienst). Die Arbeitslosenunterstützung soll 6 Fr. pro Woche während der schlechtesten Saison betragen; bis der Verband in geordnete Verhältnisse gerät, kann sie nur nach achtjähriger Mitgliedschaft in Anwendung kommen. Die Krankenunterstützung soll täglich 2 Fr. für höchstens 40 Tage im Jahre betragen. Die Invalidenunterstützung tritt nach 12, die Altersunterstützung nach 35 Jahren Mitgliedschaft in Wirksamkeit. Der Verbandsbeitrag bilde den Gegenstand besonderen Studiums. Für die Löhne sind drei Kategorien vorgegeben, sie sollen bis 3 Fr. Tagesverdienst 20 Cents betragen, 40 Cents bis 5 Fr. und 80 Cents bei über 5 Fr. Der Durchschnitts-

verdienst ist 4—5 Fr., nur in Madrid und Barcelona sind wenige Privilegierte, die mehr denn 5 Fr. täglich verdienen. Die oben angeführten Unterstützungsbeiträge gelten für die erste Kategorie, sie verringern sich für die zweite und dritte Kategorie entsprechend. In dem Projekt ist auch die Verschmelzung des Verbandsorgans „Union Tipografica“ mit dem Madrider Sektionsorgan „El Obrero Grafico“ vorgezogen, auch der ins Wanken geratenen Fachschule in Madrid soll dann wieder auf die Beine gehoben werden. Wenn die Prinzipale und Gehilfen ihre guten Vorsätze auszuführen suchen und sich in gewisser Beziehung gegenseitig unterstützen und ergänzen, könnte für die spanische graphische Industrie eine neue Epoche einsehen, im Interesse beider Teile.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**L. Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) Am 9. Februar leistete der Verein einer Einladung der Sebmachinenfabrik Typograph zu einem Vortrag über den neuen Selbstableger Folge. Die Direktion der Fabrik hatte in ihrem Vortragsauf eine neue Typographsehmachine mit Selbstableger aufmontieren lassen und die einzelnen Teile zur näheren Besichtigung noch extra auf einem langen Tisch ausgelegt. Beim Eintritt bekamen die Kollegen mehrere Drucksachen ausgehändigt, in denen eine nähere Beschreibung mit Skizzen enthalten war. Den Vortrag selbst hatte in liebenswürdiger Weise Herr Abshagen übernommen. In dreiviertelstündigem Vortrag erläuterte der Referent in eingehender Weise die sehr sinnreiche Konstruktion. Es hat hier die Sebmachinenfabrik Typograph etwas geschaffen, was dem Maschinenbauer eine große Erleichterung bietet; auch arbeitet die Maschine bedeutend gleichmäßiger, da doch Menschenhände niemals imstande sind, eine automatische Vorrichtung zu erleben. Ebenfalls werden die Matrizen viel mehr gehont, als es sonst der Fall war. Gleichfalls ist Vorzuge getroffen worden, daß bei einem Ringrißer usw. die Selbstablegeeinrichtung außer Betrieb gesetzt wird, also ein Beschädigen irgend eines Teils ausgeschlossen ist. Auf Anfrage eines Kollegen teilte Herr Abshagen mit, daß die Ablegewirrhaltung an jeder alten Maschine, Modell A und B, angebracht werden kann. Mit großem Interesse folgten die Zuhörer dem Vortragenden. Zum Schluß wurde den Kollegen auch das sogenannte Museum der Fabrik gezeigt. Hier sind die ersten Sebmachinen ausgestellt, wie die Thorne, die Kastenbein, der Typograph von seinem Entsetzer bis zur Jetztzeit und verschiedene andre Systeme. Hochbedientig verließen alle Anwesenden die Fabrikräume, und es sei der Direktion dieser Sebmachinenfabrik auch hier der herzlichste Dank für das weitgehende Entgegenkommen ausgesprochen.

**Danzig.** (Maschinenmeisterverein für Westpreußen.) Am 26. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Erschienen waren auch Kollegen aus Elbing, Marienwerder, Graudenz, Pöpslin und Joppot. Ferner nahmen teil: Gauvorsteher Nagroch, vom Ortsvorstande die Kollegen Jango und Bulla. Kollege Nagroch betonte in einer kurzen Ansprache das gute Zusammenarbeiten zwischen den Sparten und den Verbandsfunktionären und wünschte den Verhandlungen guten Erfolg. Ortsvorsteher Jango hielt die Erschienenen in Danzig willkommen. Vom Vorsitzenden M. Perlich wurde der Jahresbericht erstattet. Als Vorsitzender wurde an Stelle des Kollegen Perlich, welcher eine Wiederwahl ablehnte, nachdem er dieses Amt sechs Jahre innegehabt, Kollege M. Müller gewählt. — Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine öffentliche Drucksachenausstellung statt, welche überaus reichlich besichtigt war. Es hatten uns Druckmuster überwiesen die Firmen König & Bauer, Chr. Hoffmann-Seidenbergische Farbenfabriken (grobes Tableau unter Glas), Berger & Wirth, Karl Krause, Angerer & Göbel, Gebr. Jänecke & Schneemann, Schelter & Gieseler, Schnellpressenfabrik Frankenthal, Meisenbach, Riffarth & Co., Dr. Lewinohn, Mühle Druckpressen G. m. b. H., Leipziger Schnellpressenfabrik. Von hiesigen Buchdruckereien: F. Burau und J. Sauer. Wir erlauben uns, auch an dieser Stelle für die Überlassung der Drucksachen unsern besten Dank auszusprechen. — Nachmittags fand in der Gemberehalle ein Lichtbildervortrag des Herrn Oberingenieur F. Rothe, Ausschäftsbeamter der Buchdruckerberufsgenossenschaft, über „Unfallverhütung“ statt. Der interessante und äußerst lehrreiche Vortrag fand großen Beifall.

**Jena.** (Vierteljahrsbericht.) In der gutbesuchten Oktoberversammlung hielt Kollege Reichmann (Naumburg) einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Unre Tarifschiedsgerichte“. Die Vergebung der Drucklegung des städtischen Etats an eine billige auswärtige Firma wurde in dieser Versammlung allseitig kritisiert und eine Resolution einstimmig angenommen, welche dem Gemeindevorstande wie dem Gemeinderat übermittelt wurde. Dies hatte zur Folge, daß die ganze Angelegenheit nochmals im Gemeinderat verhandelt wurde, und jedenfalls wäre der Auftrag nicht nach auswärts gekommen, wenn er nicht bereits seitens der betreffenden Buchdruckerei in Angriff genommen gewesen wäre. Denn aus der lebhaften Debatte ging deutlich hervor, daß mancher der Stadtväter durch unre Eingabe anderer Ansicht geworden war. Auch die hiesigen Gutenbergbünder beschäftigten sich in ihrem bekannten Nachschaffungsriebe höchst überflüssigerweise mit der Vergebung des städtischen Etats, d. h. in ihrem Leiborgane brachten sie Abschnitte aus dem „Korr.“ und dem hiesigen „Volksblatte“. Wie immer, so mußte auch hierbei wieder geschwindelt werden. Ein früher dem Verband ange-

hörender ehemaliger Kollege, der schon vor mehr als einem Jahrzehnte den Beruf wechselte und der freisinnigen Partei angehört, wurde nämlich in seiner Eigenschaft als Mitglied des hiesigen Gemeinderats in „Typograph“ zum sozialdemokratischen Verbandsmitgliede gestempelt. Das tat der bündlerische Schriftführer natürlich wider besseres Wissen, nur um die nötige Wirkung zu erzielen. (Während Trester im „Exp.“ spaltenweise „Wahrheit und Klarheit“ verzapft, erlappt man seine Gefreuen immer von neuem bei Schwindelen. Red.) — Die Versammlung am 17. Januar besaß sich mit den unter Unterstützungsweisen betreffenden Generalversammlungsanträgen. Für die ausgesparten hiesigen Kollegen wurden 20 Mk. bewilligt. — In der Hauptversammlung am 25. Januar wurde empfohlen, sich auf den Besuch der Leipziger Ausstellung finanziell vorzubereiten und beschlossen, Sparmarken einzuführen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden fand lebhaften Beifall. Erwähnenswert ist, daß durch Verlegung der „Weimarerischen Volkszeitung“ nach Jena die Mitgliedschaft des Ortsvereins am Jahresschluß auf nahezu 200 gestiegen ist. Die Vorstandswahl ergab keine nennenswerten Veränderungen. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der gutbesuchten Versammlung. Die Wanderüberholungsleistung besuchten wir gemeinsam in stattlicher Anzahl unter ärztlicher Führung.

**Leipzig.** In der Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereins am 31. Januar berichtete Vorsitzender Engelbrecht unter „Berichtsmittlungen“, daß seit der Dezemberversammlung 15 Kollegen in die Organisation aufgenommen wurden, 2 Mitglieder ausgeschlossen werden mußten und 5 Mitglieder ihren Austritt erklärten. Die Austrittserklärungen waren teilweise begründet worden mit dem Belistritzwange zur Angestelltenversicherung und der dadurch bedingten höheren finanziellen Ausgaben für Versicherungszwecke. Der Vorsitzende rügte jedoch die mangelhafte Ausfüllung der Fragebogen in Sachen der Überstundenstatistik sowie der vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker veranstalteten Erhebungen. Die Zuwiderhandlung des Faktors Henze von der Firma Hesse & Becker gegen die klaren tariflichen Bestimmungen des Tarifs, wonach den berechnenden Sehern der sogenannte Speck nicht entzogen werden darf, gab dem Vorsitzenden Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Gehilfenschaft ihre tariflichen Rechte unter allen Umständen voll wahrnehmen müsse, und daß es eigentümlich berühre, wenn gerade ein Faktor, der es als Gehilfe sehr gut verstanden habe, die tariflichen Rechte für sich auszunutzen, veruche, den Tarif zu ignorieren. Verschiedene Differenzen fanden durch Intervention des Gewerkschaftsvereins eine befriedigende Regelung für die Gehilfenschaft. Anlässlich der wiederholt bei der Firma J. B. Kirchschild nicht ordnungsgemäß erfolgten Lohnauszahlung, welche zur Niederlegung der Arbeit des bei Kirchschild beschäftigten Personals führte, wurde auf den S 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung hingewiesen, wonach die Gehilfen berechtigt sind, das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Ankündigung zu beenden, wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bebungenen Weise zur Auszahlung bringt. Auf alle Fälle mußten die Arbeiter von dieser Bestimmung Gebrauch machen und sich nicht bei Zahlungsunfähigkeit der Besitzer durch schöne Redensarten abspäßen oder mit der Lohnauszahlung hinhalten lassen. Bei der Firma Güttnier, Kirchschild & Wendler sei ein Druckerlehrling infolge systematischer Antreiberi verunglückt. Geängstigt durch eine Drohung des Prinzipals Wendler habe der Lehrling während des Ganges der Maschine technische Manipulationen vorzunehmen versucht, die nicht statthaft sind. Die Folge hiervon war, daß der Lehrling mit dem Arm in die Maschine geriet. Der Vater des verunglückten Lehrlings hatte sich schon früher wegen der Mißhandlungen beschwert, deren sein Sohn durch W. ausgeleitet war. Auch bei der Firma Pries erhielten die Druckerlehrlinge wegen der geringsten technischen Unfertigkeiten von Prinzipal und dessen Obermeister neben Grobheiten Schläge ins Gesicht und auf den Kopf. Den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr des Leipziger Gewerkschaftskartells gab Kollege Hilger. In das Gewerkschaftskartell wurden die bisherigen Vertreter wiedergewählt.

**Lübeck.** Die am 26. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen gab der Vorsitzende in kurzen Zügen ein klares Bild von den Ereignissen des Vorjahres. Für den darauf gegebenen Kasfenbericht wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Erhöhung des Beitrags zur Gewährung einer Schlafmarke für Durchreisende fand Annahme. Hierauf gab der Kartelldelegierte den Bericht vom Gewerkschaftskartelle, dem sich eine lebhafte Debatte angeschlossen, die sich leider nicht immer im Rahmen des Sachlichen bewegte. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des alten Vorstandes bis auf den Schriftführer und einen Beisitzer, welche neu gewählt wurden. Unter „Tariflichem“ brachte der Vorsitzende in einigen hiesigen Maschinenfabriken zur Sprache. Hier war es besonders eine größere Druckerei, welche sich einige Seitenfrünge glaubte erlauben zu dürfen. In letzterem Falle sind die Abbestände besetzt, und es wird jetzt in erster Linie an den Kollegen selbst liegen, ein wachsame Auge zu haben. Des weiteren wurden die familiären Mißstände einer hiesigen Verlagsanstalt kritisiert. Leider gibt es auch hier noch viele Kollegen, die das ganze Jahr hindurch wenig oder gar nicht in die Versammlungen kommen. Mögen auch sie einsehen lernen, daß mit dem Bezahlen des Beitrags noch lange nicht alles getan ist. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die von etwa 80 Kollegen besuchte Versammlung.

**Meißen.** Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte einen zahlreichen Besuch aufzuweisen, außerdem waren noch vom Gauvorstande die Kollegen

Wendische und Steinbrück zugehen. Das Hauptinteresse nahm der Austritt der Firma Bruno Thieme aus der Tarifgemeinschaft und der Austritt von sechs dort beschäftigten Gehilfen (Christoph Kuntz, Alfred Batsch, Karl Lochmüller, Kurt Richter, Paul Wildorf und Hermann Himmel) aus dem Verband in Anspruch. Kollege Wendische gab eine Darstellung der Ursachen dieses Vorkommnisses. Die Firma Bruno Thieme wurde wegen wiederholter Schleuderkonkurrenz von den zuständigen Instanzen zur Rechenschaft gezogen. Dadurch scheint sich Thieme in seiner „Bewegungsfreiheit“ behindert gefühlt zu haben, denn er ist aus der Tarifgemeinschaft ausgestiegen und hat dann eine Genossenschaftsdruckerei gegründet, an welcher die erwähnten sechs Gehilfen sich als Genossenschaftler beteiligten. Mit Bedauern nahm die Versammlung von dem Verhalten dieser kurzlichigen ehemaligen Mitglieder Kenntnis, überzeugend, daß dieser Schritt sich bitter rächen werde. Die übrigen drei bei der Firma beschäftigten Gehilfen haben ihre Kündigung eingereicht. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Verband seine vertragliche Pflicht erfüllen müsse, wenn sie auch Opfer erfordere, da eine solche Preis-schleuderei auch die Lage der Gehilfenschaft in hohem Maße zu schädigen geeignet sei. Als zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Piech ein ausführendes Jahresbericht. Nach Festsetzung der Remunerationen schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Da der bisherige Vorsitzende entschieden ablehnte, wurde Kollege Ambrosch als Vorsitzender und Kollege Borkert als Kassierer gewählt. Kollege Schmieder dankte dem Vorsitzenden für seine bisherige Geschäftsführung, worauf Kollege Piech nach einigen beherzigenswerten Worten an die Versammlung diese in vorgeschriebener Stunde schloß. — In einer am 23. Januar stattgehabten Sitzung der hiesigen Prinzipale, wozu unser Gesamtvorstand eingeladen war, hatten wir genügend Gelegenheit, uns an Hand von vorliegenden Klagen, Urteilen usw. von der Preisschleuderei — laut Tarifamtsurteil 40—60 Proz. unter dem Preise der Leipziger Berechnungsstelle (Druckpreistarif!) — die die Firma Thieme seit reichlich einem Jahre betreibt, zu überzeugen. Es wurde uns auch klar, daß Herr Thieme durch seinen Austritt aus der Tarifgemeinschaft nur seinem bevorstehenden Ausschluß aus dieser zuzugehen war, nachdem er sich erst einige Wochen vorher hatte wegen Klagen aus dem Verband ausschließen lassen. Als Resultat dieser aufklärenden Sitzung verstanden wir nochmals, die ausgetretenen Gehilfen auf Grund des vorliegenden Beweismaterials davon zu überzeugen, daß es doch nicht in ihrem Sinne liegen könne, eine derartige Preisschleuderei durch Austritt aus dem Verbande noch zu unterstützen. Unsere Bemühungen hatten jedoch keinen Erfolg. Die betreffenden Herren glauben wahrscheinlich, auf diese Art besser zu fahren. Wir werden die Firma natürlich scharf im Auge behalten.

**Metz.** Am 25. Januar feierte der hiesige Ortsverein sein Stiftungsfest in ungezwungen familiärer Form. Den Mitwirkenden Frau Krause (Sopran), Herrn Dilling (Bariton) sowie dem Männergesangsverein „Harmonia“, die sich sämtlich ihrer übernommenen Aufgaben vorzüglich entledigten, sei an dieser Stelle bestens gedankt. Desgleichen Herrn Lehrer S., der leider der Feier nicht beiwohnen konnte, für die Widmung eines freudig aufgenommenen allgemeinen Liedes. Das Fest wird allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

**Minden.** Die am 25. Januar abgehaltene, von 36 Kollegen besuchte Generalversammlung erledigte die laufenden Geschäfte und nahm den Jahresbericht des Vorstandes, erstattet vom Vorsitzenden Perini, entgegen. Der Bericht des Kassierers ergab für das abgelaufene Jahr ein geringes Defizit. Die Neuwahl des Vorstandes und der Delegierten zeugte die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre, mit Ausnahme der beiden Schriftführer.

**Neubabelsberg.** (Vierteljahrsbericht.) In der Oktoberversammlung konnten wir einen Neuausgewählten in unsere Reihen aufnehmen. In dieser Versammlung gründeten 35 Kollegen eine Reiseparkette zum Zwecke des Besuchs der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914. Unser diesjähriges Stiftungsfest, welches in Gestalt eines Familienkränzchens gefeiert wurde, gestaltete sich unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Gutenberg“ und des Berliner Sommerquartetts zu einem recht kollegialen Fest. — In der Novemberversammlung lag eine Einladung vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine in Hamburg vor. Der Vorsitzende wies auf die Vorteile für die Konsumenten im Konsumvereine hin und erfuhr die Mitglieder, die im Zirkular angekündigte Versammlung zu besuchen. — Die in der Generalversammlung vorgenommene Wahl des Vorstandes ging im Gegensatz zu früheren Jahren ziemlich glatt vonstatten. Mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden befehlten sämtliche Vorstandsmitglieder ihre Ämter. Dem im Auftrande befindlichen Kollegen in den baltischen Provinzen wurden aus der Drucksache 15 Mk. zur Unterstützung gewährt. Der Versammlungsbesuch war sehr mäßig zu nennen.

**A. Neuf a. Rh.** In der gutbesuchten Generalversammlung unseres Ortsvereins vom 25. Januar wurde ein Kollege wieder aufgenommen, während ein Mitglied wegen Neften und unkollegialen Verhaltens einstimmig ausgeschlossen wurde. Vorsitzender Gallas gab einen kurzen Jahresbericht. Aus dem Kassierenbericht des Kollegen Klug war zu ersehen, daß auch unsere Kasse am Emporblühen des Vereins teilnimmt. Sodann gab Kollege Amlens den Kartellbericht. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Vorsitzende richtete zum Schluß an die Laden und regelmäßigen Versammlungsschwärmer die Bitte, die monatlichen Versammlungen besser wie bisher zu besuchen. Es könnten sonst die „Verhältnißlos“ diese Gelegenheiten einmal zu unsankt und unworbereitet mit der nächsten Wirklichkeit vertraut machen.

**Worshelm.** Infre am 25. Januar stattgehabte Generalversammlung war von 70 Kollegen (von 111 am Platze) besucht. Der Vorsitzende widmete zunächst dem verstorbenen Kollegen Fabermann einen ehrenden Nachruf und die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Nach Bekanntgabe einiger kurzer Vereinsnachrichten folgte die Erstattung des Jahresberichts, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Sodann wurde ein Kollege in unsere Reihen aufgenommen. Der vom Kassierer erstattete Kassierenbericht, welcher als ein guter bezeichnet werden kann, gab zu Einwendungen keinen Anlaß, weshalb ihm Entlastung erteilt wurde. Die vom Vorsitzenden aufgestellte Statistik der Versammlungsbesucher ergab einen Durchschnittsbefuch von 50 Kollegen. Der Antrag auf Erhöhung des Lokalzuschlags um 2½ Proz. auf Grund der letzten Städteinteilung fand, natürlich freudige Aufnahme. Nachdem noch einige Anträge besprochen waren, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten, welcher mit Ausnahme des Schriftführers fast einstimmig wiedergewählt wurde. Der Vorsitzende schloß die sachlich verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

**Worshelm.** Der hiesige Maschinenmeisterverein hielt am 1. Februar seine Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht wurde beifällig aufgenommen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Seit 1. Januar ist eine Sparkasse zum Maschinenmeisterfach in Leipzig 1914 eingerichtet, welche schon eifrig benutzt wird. Bis auf einen sind alle hiesigen Kollegen unserer Spartenvereinigung angeschlossen.

**st. Straßburg i. E.** Am 26. Januar fand hier unsere erste ordentliche Bezirksversammlung statt. Der Besuch hätte angefehlt der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Punkte ein besserer sein dürfen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte unser Vorsitzender Kallinich der im verfloffenen Halbjahre verstorbenen Kollegen Lambs, Reiser und Semmlis, deren Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde zur Abnahme des Rechenschafts- und Jahresberichts geschritten, die beide den Kollegen gedruckt vorlagen. Zum Rechenschaftsbericht wurden keinerlei Monita erhoben und es wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Auch der Jahresbericht gab der Versammlung keinen Anlaß zu Bemerkungen, doch entspann sich eine lebhafte Debatte über den in den hiesigen Tagesblättern veröffentlichten Bericht des städtischen Arbeitsamts, über die Konditionslosenversicherung. „In diesem Berichte hebt die Verwaltung hervor, daß die Buchdrucker im verfloffenen Jahr über die Hälfte der zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung stehenden Summe allein in Anspruch genommen haben, und daß es nur den in andern Verbänden bestehenden niedrigeren Unterstützungsätzen und kürzerer Dauer derselben sowie den vielfach eingeführten Karenztagen zu danken sei, daß der Etat nicht wesentlich überhöht werden mußte. Am dem für die Zukunft vorzubeugen, kündigt sie eine Reduzierung der Unterstützungsbezüge für unsere arbeitslosen Kollegen an, und zwar in der Weise, daß für die Buchdrucker Karenztage eingeführt und die Unterstützung für ledige Kollegen vermindert werden soll. Die Versammlung sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige Verschlechterung aus, forderte hingegen die notwendige Erhöhung des Fonds. Auf die Mitteilung des Vorsitzenden, daß der Vorstand bereits Schritte gegen die Verwirklichung des Planes unternommen habe, sah die Versammlung von einer weiteren Stellungnahme ab, und überließ es dem Vorstand, auch fernerhin ein wachsames Auge auf die Angelegenheit zu haben. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der auf eine Wiederwahl verzichtete, und eines Beisitzers, der schon vor Ablauf des Berichtsjahrs aus dem Vorstand ausgeschieden war. Auch in der Besetzung der übrigen Funktionen fand teilweise eine Personalveränderung statt. Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Beisitzers zum Gavourstand“, löste wieder eine lebhafte Debatte aus. Der aus dem Gavourstand ausgetretene Kollege Gillet begründete seinen Austritt mit der Faltung des Verbandsvorstandes in den Ausschlußangelegenheiten Goldschag (Mühlhausen) und Böhm (Straßburg). Nachdem sich noch einige Kollegen scharf gegen die Haltung des Verbandsvorstandes ausgesprochen hatten, beschloß die Versammlung, die Angelegenheit der vorgedachten Zeit wegen als besonderen Punkt auf die Tagesordnung einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Versammlung zu setzen. Nach weiterer Erledigung einiger Angelegenheiten lokaler Natur erreichte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Worms a. Rh.** Am 26. Januar hielt der Bezirksverein seine Generalversammlung ab. Der Besuch war in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bedauerlicherweise ein schwacher. Nachdem Vorsitzender Braun den Jahresbericht erstattet hatte, gab Kassierer Andres den Kassierenbericht. Es sei hierzu bemerkt, daß in Anbetracht des guten Kassierenstandes in absehbarer Zeit an die Schaffung der projektirten Krankengeldzuschüsse gedacht werden kann. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand mit Ausnahme des bisherigen Vorsitzenden und des Schriftführers, welche eine Wiederwahl ablehnten, einstimmig wiedergewählt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Lebert gewählt. Zur bevorstehenden Bezirksvorsteherkonferenz soll in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte schloß Kollege Braun die Versammlung mit einem beifällig aufgenommenen Hoch auf den Verband.

**K. Zwidau.** Der Gründer und Mitinhaber der weltbekannten hiesigen Firma Förster & Borries, Herr Hermann Förster, konnte am 1. Februar sein 50jähriges Berufsjubiläum feiern. Aus diesem Anlasse ruhte für den Tag der gesamte Betrieb. Ein ernste, würdige Feier versammelte die Angehörigen der Firma nebst zahlreichen Gästen vormittags 11 Uhr in den feinsten geschmückten Kontorräumen. Herr Oberbürgermeister Keil (Zwidau) feierte die großen Verdienste des Jubilars um das gesamte Buchdruckgewerbe und überbrachte im Anschluß daran die Erneuerung zum Kommerzienrat. Es folgten noch Ehrungen verschiedenster Art. Der Jubilar legte den Grundstock für eine Pensionskasse im Betrage von 20000 Mk. Die dem Betrage sollen alljährlich weitere Zuwendungen der Firma zuteil werden. Am Abend vereinigte man sich zu einer feierlichen Tafel auf Kosten des Jubilars. Durch die verschiedensten heiteren Darbietungen von Angehörigen des Betriebs ist jeder auf seine Kosten gekommen. Möge das beiderseitige gute Einvernehmen immer so bleiben!

## o o o o o Rundschau o o o o o

**Meisterprüfung.** Vor der Prüfungskommission für das Buchdruck- und Schriftzettelgewerbe im Großherzogtum Sachsen in Weimar legten die Kollegen Otto Friedrich in Bacha, Artur Sachse in Weimar und Stephan Vandenberg in Sena mit Erfolg die Meisterprüfung ab.

**Eine seine häßliche Familie.** Dieser Tage stand in Mainz ein 18jähriger Lapeziererlehrling namens Franz Joseph Suppert vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen Diebstahls zu verantworten, den er auf Anstiften seiner eignen Mutter begangen hatte, indem er einen Koffer seines Vaters, der Kassierer des Guttenbergbundes in Mainz ist, aufbrach und 200 Mk. daraus entwendete, wozu er einen Teil seiner Mutter gab und mit dem Reste flüchtete. Als sein Geld auf die Neige ging, kehrte er nach Mainz zurück. Der Vater hatte ihn inzwischen angezeigt, und am 23. Dezember wurde er beim Untersuchungsrichter vernommen. Er verblieb auf freiem Fuße, kehrte nach Hause zurück und erbrach dort den Kleiderkoffer seines Vaters, stahl mehrere Kleidungsstücke und verkaufte sie an einen Trödler. Daraufhin wurde er verhaftet. Seine Mutter gab zu, ihn zu dem Gelddiebstahl angezettelt zu haben. Unter Berücksichtigung der häuslichen Verhältnisse wurde der Angeklagte zu der Minimalstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nur mit Widerwillen nehmen wir von dieser Geschichte an dieser Stelle Notiz; die erbärmliche Kampfesweise des „Typograph“ gegen unsern Verband zwingt uns aber dazu. Denn selbst die unscheinbarsten und zweifelhaftesten Geschichten werden von jener Seite benutzt, um unsern Verband zu beschmutzen. Wir begnügen uns aber mit einer Antwort, die sich auf völlig einwandfreie Feststellungen stützt.

**Selbsterkenntnis einer Zwangsinnung.** Im Jahresberichte der Zwangsinnung für das Freireuergewerbe in Hamburg klagt der Vorstand über die Verschlechterung der Lebenslage durch die zunehmende Konkurrenz, und er klagt die Innungsmeister dafür selbst an: „Auch hier fragen die Kollegen selbst einen Teil der Schuld mit, indem die Bekämpfung der übermäßigen Lehrlingszucht nicht allenthalben energisch genug durchgeführt wird. Auch dadurch, daß sehr viele Kollegen nur immer und immer wieder ganz junge, eben ausgeleitete Gehilfen beschäftigen, werden die älteren dazu gedrängt, sich selbständig zu machen, und die Konkurrenz wird vergrößert. Jede Neueinstellung, welche nicht mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt hält, bedeutet eine empfindliche Schädigung der Lebenslage der älteren Kollegen. Einsichtsvolle Kollegen beschäftigen auch deshalb schon seit Jahren nur ältere Gehilfen, auch schon aus dem Grunde, weil dieselben besser und vor allen Dingen selbständiger arbeiten. Die paar Mark höheren Lohnes sollten keine Rolle spielen, wenn man bedenkt, daß die älteren Gehilfen die einzelnen Berufszweige besser beherrschen und dadurch für den Meister im Geschäft bedeutend wertvoller sind.“ Diese Auffassung vertritt die Gehilfenorganisation schon seit vielen Jahren. Aber dieser Standpunkt der Hamburger Innung unterscheidet sich vorteilhaft von dem, den sonst die Barbier- und Freireuerrinnen in der Lagefrage allgemein vertreten. Zu dieser Erkenntnis der Hamburger Innung haben die Ergebnisse der Berufszählung sicher wesentlich beigetragen, die eine Zunahme der Zahl der Selbständigen des Gewerbes im Reiche um 56,3 Proz. zeigen, bei einer Bevölkerungszunahme von 19,22 Proz. Eine Folge der zünftlichen Lohnpolitik, die auf die Beschäftigung möglichst billiger Arbeitskräfte, Lehrlinge und erst ausgeleiteter Gehilfen hinausläuft, wobei die beschäftigten Gehilfen den Meistern mit über 21 bis 23 Jahren bereits „zu alt“, zu teuer werden. Die schon so früh zu alt gewordenen Gehilfen sind gezwungen, sich selbständig zu machen, so daß die Konkurrenz ins Angesehene vermehrt wird, während schon die bestehenden Betriebe nicht recht effizienter können. Die Zahl der Alleinmeister betrug bereits im Jahre 1907 38 vom Hundert. Daß unter diesen Umständen die Klagen über Schmutzkonkurrenz nicht verstummen, ist leicht begreiflich. Den Barbier- und Freireuerrinnen, insbesondere den Zwangsinnungen, die durch terroristische Maßnahmen eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindern, können die vorstehenden Ausführungen der Hamburger Zwangsinnung zum Nachdenken dringend empfohlen werden. Aber nicht nur im Freireuergewerbe zeigen sich solche gewerbschädliche Folgen einer ungesunden Lehrlingszucht. Auch im Buchdruckgewerbe führt die zunehmende Arbeitslosigkeit und damit verbundene Unsicherheit der Existenz nicht wenige Gehilfen dazu, ihre (Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 19 — Leipzig, den 13. Februar 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Spargroschen, die meist nur aus Hinterlassenschaften oder dem Vermögen der Frau bestehen, in einer Druckereigründung anzulegen, wodurch der Konkurrenzkampf nur noch mehr verschärft wird und die vermeintlichen Vorteile einer übertriebenen Lehrlingsausbildung als teilweise Ursache der Arbeitslosigkeit für viele Gehilfen wieder in ein Nichts zerrinnen.

**Das bedeutungs- und verhängnisvolle Komma.** Mit der Absicht, in unser mühevolleres Dasein einen humoristischen Reflex leuchten zu lassen, handte uns dieser Tage ein Kollege aus der Nähe der Sommeren Buch ein interessantes Grub in Gestalt eines kurzen Gerichtsberichts über einen Prozeß, in dem ein „Kommajäger“ ganz gewaltig unter die Räder geriet und dadurch gleichzeitig demonstriert konnte, daß ein Komma nicht so mir nichts dir nichts irgendwo entfernt werden darf, sondern am richtigen Platze von ganz besonderer Bedeutung sein kann. Im vorliegenden Falle hatte sich ein Güteragent wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Um sich eine Provision von 9000 Mk. zu erschwindeln, radierte er aus einem Revers ein einziges Komma hinweg, wodurch der Paffus: „Das vorstehende Abkommen verbietet den Verkäufer nicht, jederzeit auch mit andern Vermittlern in Verbindung zu treten“, einen für den Verkäufer ganz ungünstigen Sinn erhielt. Durch Wegradierung des Kommas hinter dem Worte „nicht“ beflagt nämlich der Satz so ziemlich das Gegenteil von dem, was er mit Komma an der betreffenden Stelle besagen sollte. Das in Frage stehende Gut wurde jedoch nicht durch Vermittlung des Agenten verkauft; dieser hatte aber die Frechheit, zu behaupten, er sei laut Revers als der alleinige Vermittler zum Verkaufe des Gutes beauftragt worden. Als Beweis legte er den von ihm „verbesserten“ Revers vor. Das hatte den Erfolg, daß er selbst vor Gericht kam und wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, was jedenfalls als eine harte Strafe für seine „Kommajagd“ einzuschätzen ist.

**Ein Schiedspruch als Resultat der bisherigen Tarifverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe.** Da in fast keinem Punkte zwischen den direkten Vertretern eine Verständigung erzielt werden konnte, hat der Unparteiische im Einverständnis mit den Parteien einen Schiedspruch gewählt. Dieser Schiedspruch beflagt zunächst, daß die Tarifverträge auf vier Jahre festgelegt sind, und zwar bis zum 15. Februar 1917. Ferner berichtet der Schiedspruch aus, daß in der Vertragsgruppierung im Holzgewerbe eine Vereinfachung Platz greifen soll, in der Weise, daß die jetzige Vertragsgruppe eine weitere Belastung nicht erfährt, dagegen eine weitere Zusammenlegung der übrigen kleineren Vertragsgruppen erfolgen soll. Es ist weiter in dem Schiedspruch ausgesprochen, daß die im Jahre 1911 von der zentralen Schiedskommission beschlossene Vertragsvorlage bei den künftigen Vertragsverhandlungen als Norm gelten soll. Es ist weiter über den Ausbau des vertraglichen Schiedswesens sowie über eine schnellere und korrektere Erledigung der anhängig gemachten Beschwerden die nötige Vorfrage getroffen worden. So heißt es z. B., daß in Zukunft die Entscheidungen der Schlichtungskommission in jedem Fall innerhalb acht Tagen nach erfolgtem Anruf erfolgen müssen. Einer der größten Streitpunkte, nämlich die Arbeitszeitverkürzung, ist in der Weise erledigt worden, daß in Berlin ab 1. Juli 1915 die Arbeitszeit von 51 auf 50 Stunden pro Woche herabgesetzt wird, an gleichen Datum wird die Arbeitszeit in Leipzig und Dresden von 52 auf 51 Stunden pro Woche verkürzt. In den übrigen Großstädten: München, Köln, Düsseldorf, Hannover, Kiel, Magdeburg und einigen andern erfolgt ab 1. Juli 1916 eine Verkürzung um eine Stunde, so daß in diesen Orten dann auch die 52stündige Arbeitszeit besteht, während in München die 51stündige eintritt. In Halle, Lübeck und Steffin wird die Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden pro Woche verkürzt. In weiteren neun Städten beträgt die Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, und zwar von 54 auf 53 Stunden. Zittau, Danzig, Erfurt und Krefeld erhalten eine zweiwöchentliche Verkürzung. In den ersten drei Orten besteht somit eine 53stündige, in Krefeld eine 54stündige wöchentliche Arbeitszeit. In Guben und Lüneburg wird die Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Bronnberg, Ostfingen, Sildesheim, Rendsburg und Thorn erhalten zwei Stunden Verkürzung, von 55 auf 54 Stunden. In Beuthen, Kattowitz, Königshütte und Schwerin wird die Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden verkürzt, während in Amberg, Alzen, Greifswald, Lübbenau, Neisse und Stargard die 55stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Es beträgt somit nach der Durchführung dieses Schiedspruchs die Arbeitszeit in Berlin 50, in den übrigen Städten 51, 52 Stunden usw. bis zur höchstzulässigen Arbeitszeit von 55 Stunden pro Woche. Die Orte Sarburg, Darnstadt, Posen, Zeitz werden an die bestehenden Verträge des übrigen Vertragsgebiets angegliedert, erhalten aber dieselben Verbesserungen wie die übrigen Orte. Die Arbeitslöhne werden erhöht ab 1. März 1913 um 2 Pf., ab 1. März 1914 um 2 Pf., während im Jahre 1915 ein weiterer Pfennig zusätzlich des Ausgleichspennings für die Arbeitszeitverkürzung hinzukommt, so daß in den meisten Orten die gesamte Lohnerhöhung 6 Pf. pro Stunde beträgt.

Eine Ausnahme hiervon machen die Städte Krefeld und Danzig in der Weise, daß hier eine Lohnerhöhung von 7 Pf. eintritt, während in Kiel, Amberg, Berlin, Guben, Neisse, Stargard, Alzen und Greifswald die Erhöhung 5 Pf. beträgt. Diese Lohnerhöhungen werden in vollem Umfang auf die bestehende Vertragslöhne wie auf die Akkordpreise angerechnet, was z. B. für Berlin eine Erhöhung der Akkordpreise von 7 Proz. ausmacht. Zum Schluß spricht der Schiedspruch aus, daß sämtliche noch strittigen Punkte zu erneuten Verhandlungen an die örtlichen Parteien verwiesen werden. Wenn bei diesen Verhandlungen auch durch die Vermittlung der Zentralinstanzen bis 1. März eine Einigung nicht erzielt wird, soll abermals eine Sitzung der Zentralvorstände unter dem Vorhabe des Unparteiischen stattfinden, um auch diese Differenzen zu erledigen. Die Parteien haben also zunächst zu dem Schiedsprüche Stellung zu nehmen. Die Dinge liegen nun so, daß die Gefahr eines großen Kampfes in der Holzindustrie zwar weniger groß, aber immer noch nicht beseitigt ist. Die Hauptvorstände beider Vertragsverbände scheinen zur Annahme des Schiedspruchs geneigt zu sein, obwohl besonders von den Unternehmervertretern einzelner Großstädte Einwendungen erhoben wurden. Die endgültige Entscheidung soll noch im Laufe dieser Woche in den Verhandlungen der Arbeiter und der Unternehmer gefällt werden.

**Gewerkschaftliche Kulturarbeit am Ozean.** Vor etwa fünf Jahren wurde von dem damaligen Seemannsverbande, der jetzt eine Sektion des Transportarbeiterverbandes ist, eine Bibliothek in Hamburg gegründet, die dazu bestimmt ist, den Seeleuten gute Bücher mit auf die Schiffe geben zu können. Naturgemäß ist gerade auf der Seefahrt das Lesebedürfnis für den Seemann ein außerordentlich großes und er beklagte es früher mit wenigen Ausnahmen wahllos meistens mit der schlimmsten Schundliteratur, die ihm von Händlern, die vor der Abfahrt auf die Schiffe kamen, angeboten wurde. Es gab ja Schiffsbibliothek, die da meinten, die Gründung einer Bibliothek würde ein Fehlschlag sein, aber das hat sich, wie einem uns überlieferten Berichte zu entnehmen ist, nicht bestätigt. Im Gegenteil! Der Bericht bestätigt das durch folgende Angaben: „Obwohl wir im Jahre 1908 nur mit neun Monaten rechnen können, waren es immerhin schon 344 Schiffsbesatzungen, die 4516 Bände abholten. Im Jahre 1909 hielten die Zahl auf 625 Schiffsbesatzungen, die 6016 Bände abholten, und die im Jahr 1910 weitere 675 Besatzungen, so daß es im letzten Jahre 866 Schiffsbesatzungen waren, die 16700 Bände entliehen. Dazu kommen dann noch 258 Fischdampfermannschaften mit 859 Bänden und 1148 Bände, welche von einzelnen Kollegen an Land gelesen wurden, womit die Zahl der im Jahre 1912 aus unserer Bibliothek abgehobenen Bände auf 18707 steigt. Berücksichtigt man aber trotz der respektablen Ziffer im weiteren noch werden, daß ja die einzelnen Bücher an Bord während der Reise gar viele Male gelesen werden, denn das einzelne Buch geht eben von dem einen Kollegen zum andern, wodurch die Zahl der gelesenen Bücher noch stark erhöht wird. Die Schundliteratur ist seitdem von vielen Schiffen vollständig verschunden. Die Seeleute erkennen die Einrichtung dankbar an und veranlassen oft freiwillige Sammlungen. Bis jetzt hat die Organisation für diese wertvolle Einrichtung 25000 Mk. ausgegeben. Sie zählt gegenwärtig 7800 Bände.“ Der Segen der Verdrängung der Schundliteratur kommt mehr oder weniger der gesamten Gewerkschaftsbewegung zugute, da ja die Situation gerade bei den Seeleuten eine ganz kolossale ist und gerade die Besten unter ihnen nicht beim Seemannsberufe bleiben. Die Gründung der Seemannsbibliothek beweist aufs Neue, daß die Gewerkschaftsbewegung eine große Kulturbewegung ist, trotz aller Schmähungen der Gegner.

**Demonstratives Zeichenbegängnis als Protest gegen Betriebsunfallgefahren.** In einer gewaltigen Demonstration gegen rücksichtsloses Unternehmertum, das in der Sucht nach Gewinn Leben und Gesundheit der Arbeiter leichtfertig aufs Spiel setzt und selbst die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen außer acht läßt, gestaltete sich die Trauerfeier bei der Beerdigung eines auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen verunglückten Schlossers. Der Vermunglückte war mit Arbeiten in einem Hauptrohr eines im Bau befindlichen Dünenschiffes beschäftigt, während zur gleichen Zeit der Bordraum des Schiffes auf seine Wasserdichtigkeit geprüft wurde und zu diesem Zwecke voll Wasser gepumpt war. Ohne daß nun der im Nebenraume befindliche Arbeiter davon benachrichtigt wurde, wurde plötzlich das Wasser abgelassen und drang auch in das Rohr ein, worin der Schlosser ahnungslos arbeitete. In wenigen Augenblicken war das Unglück geschehen. Der Ausweg war dem Arbeiter durch das mit großer Gewalt eindringende Wasser verperrt, im Nu war das Rohr gefüllt und der Arbeiter fand einen elenden Tod. Nun ist es ja kaum zu bestreiten, daß in solch einem Nebenbetriebe Unfälle sich nicht ganz vermeiden lassen; aber die Tatsache, daß fast keine Woche vergeht, ohne daß sich ein schwerer Unfall ereignet und letztere Unfälle häufig an der Tagesordnung sind, lassen darauf schließen, daß meistens der vorgelegten Personen die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen wenig beachtet werden. Als Protest gegen dieses System

und sonstige Mißstände im Betriebe wurde darum von den auf der Werft beschäftigten Arbeitern in einer Betriebsversammlung beschlossen, dem auf so fragliche Weise uns Leben gekommenen Kollegen gemeinsam das letzte Geleit zu geben und am Vormittage die Arbeit ruhen zu lassen. Und so geschah es denn auch. Unter Vorantritt eines Musikkorps bewegte sich der riesige Lauerzug, dem mehr als 4000 Personen folgten, nach dem Friedhofe. Der Verstorbenen war ein allgemein beliebter Arbeiter und sein Tod ist um so trauriger, als er sich Ende voriger Woche verheiratet hatte.

**Statistik der christlichen Gewerkschaftskartelle.** Kartelle der christlichen Gewerkschaften gab es am Jahresabschluss 1911: 245. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von 33. Dem christlichen Generalsekretariate machten 222 Kartelle brauchbare Angaben über ihre Tätigkeit und Entwicklung. Diese 222 Kartelle umfassen 1348 Zahlstellen mit 228729 Mitgliedern. In den Kartellorten gehören 75 Zahlstellen dem Kartelle nicht an. 53 Kartelle wiesen eine Mitgliederzahl von über 1000 auf. Es sind dies folgende Kartelle: Essen 19602, Aachen 11675, Dortmund 10126, Köln 8593, Gelsenkirchen 7783, München 6731, Bochum 5651, M. Stadbach 5319, Düsseldorf 5279, Berlin 5162, Reddinghausen 4710, Krefeld 4557, Duisburg 3750, Danzig 3561, Borsdorf 1622, Bielefeld 1644, Hagen 1611, Bamberg 1463, Würzburg 1368, Ingolstadt 1347, Cuxen 1316, Mannheim 1265, Paderborn 1237, Oberhausen 1174, Amberg 1170, Dornhausen 1152, Herne 1136, Meisem 1118, Dübrowitz 1112, Stuttgart 1105, Mülheim (Ruhr) 1104, Württemberg 1097, Birmalsen 1047, Bocholt 1016, Schweinfurt 1000. Statistische Erhebungen wurden von 34 Kartellen veranstaltet. 56 Kartelle veranstalteten in 167 Fällen Volkshilfsabende, Kartellfeste wurden von 122 Kartellen 156 gefeiert, 110 Kartelle hielten 173 Unterrichtskurse ab, die von 4062 Teilnehmern besucht wurden. 122 Kartelle hatten 477 Beisitzer an den Gewerbegerichten, 133 Kartelle 4783 Krankenkassenvertreter, 79 Kartelle 495 Beisitzer an den Schiedsgerichten. Die Gesamteinnahmen der Kartelle betragen 126623,75 Mk., denen eine Ausgabe von 79015,08 Mk. gegenübersteht. Bibliotheken hatten 89 Kartelle eingerichtet. (6354 Bücher); einen Schriftenvertrieb 48; einen Referentennachweis 36; Jugendkommissionen bestanden in 71 Kartellen; Kartellsekretariate bestanden an 10 Stellen. Die Mitgliederzahlen der Kartelle zeigen uns, wo die christlichen Gewerkschaften sitzen. Über 67000 christliche Arbeiter sind allein im engeren rheinisch-westfälischen Industriegebiete (Ruhrbecken) organisiert.

**Schädigung der Krankenkassenangelegten durch die Reichsversicherungsordnung.** Der Verband der Bureauangestellten hatte, da die Behörden vielfach in rigoroser Weise die Schließung selbst größerer Ortskrankenkassen betreiben, wegen des Schicksals der dadurch erlosenen wachsenden Kassenangelegten beim preussischen Handelsminister Vorstellungen erhoben. Das Resultat ist folgender, vom 15. Januar 1913 datierter und jetzt veröffentlichter Erlaß des Ministers an die Regierungspräsidenten: „Nach § 302 der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit Artikel 32 des Einführungsgeleges zur Reichsversicherungsordnung endigt das Vertragsverhältnis zwischen den Krankenkassen und den Angestellten spätestens zwölf Monate nach Mitteilung des Beschlusses des Oberversicherungsamts über die Auflösung oder Schließung einer Krankenkasse, frühestens im Augenblicke der Schließung oder Auflösung. Da infolge der Errichtung allgemeiner Ortskrankenkassen und Krankenkassen zahlreiche Krankenkassen sich auflösen werden oder geschlossen werden müssen, so ist in den Kreisen der Kassenangelegten die Befürchtung laut geworden, daß bei dieser Gelegenheit zahlreiche Angestellte brotlos werden könnten, weil im Gegenlage zu § 290 der Reichsversicherungsordnung die neue Kasse eine Verpflichtung zur Übernahme der Beamten nicht habe. Im Hinblick auf die Vorschrift des Artikels 32 a. a. O., wonach die Versicherungsträger geeignete Angestellte, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Übernahme von Hilfskräften möglichst berücksichtigen sollen, ist diese Befürchtung zwar nicht begründet, inmerhin wollen Sie die Versicherungsämter auf diese Vorschrift aufmerksam machen und anweisen, in geeigneter Form auf die demnach zu wählenden Vorstände der neuen Krankenkassen einzuwirken, daß sie Beamte, die für die Verwendung bei der neuen Kassenverwaltung in jeder Beziehung geeignet erscheinen, weiter verwenden. Insbesondere würde es nicht der Billigkeit entsprechen, wenn bei dieser Gelegenheit alle verdiente Beamte ausgeschlossen würden in dem Bestreben, durch Einstellung junger Arbeitskräfte die Verwaltungsstellen zu ernähren.“ Dieser Erlaß steht in merkwürdigem Gegensatz zu dem Tiraden bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag über die sozialdemokratische Fröhenwirtschaft, und wird wohl geeignet sein, manches Hindernis für die Zusammenlegung von Kassen zu beseitigen.

**Verschiedene Eingänge.**

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 15. Jahrgang, Heft 11. Abonnementspreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

„Der moderne Buchdrucker.“ Graphische Monatschrift. Herausgegeben von der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik, C. m. b. H., Berlin N 4. Januarheft 1912.

„Proben von Schriften und Initialen“ der Schriftgießerei Gensch & Henje, Hamburg-München.

„Kleines Lehrbuch der verbesserten Weltsprache Esperanto.“ Von Dr. W. Gielner. Preis 15 Pf. Verlag von Fris Stephan in Leipzig.

„Ausbildung zum Redner durch Selbstunterricht.“ Von Dr. Georg Sell. Preis 1,40 Mk. Verlag von Wilhelm Kasper in Leipzig-Connewitz 9.

„Die Wunder der Natur.“ Ein populäres Prachtwerk über die Wunder des Himmels, der Erde, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner des In- und Auslands. Mit etwa 1500 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen. 65 Lieferungen a 60 Pf. Lieferungen 19-22. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Ko.

„Moderne Kunst.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag von Rich. Bong, Berlin. XXVII. Jahrgang, Heft 11. Preis des Heftes 60 Pf.

„Teuerung, Warenpreise und Goldproduktion.“ Von T. Karshi. Heft 7 der Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben von Max Grünwald. 64 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag von Kaden & Ko. in Dresden.

„1813 bis 1819. Von Kalisch nach Karlsbad.“ Von Franz Mehring. 26. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Aus dem Inhalte heben wir hervor: 1. Der Aufruf von Kalisch. 2. Landwehr und Landsturm. 3. Der Frühjahrsfeldzug. 4. Der Waffenstillstand. 5. Der Herbstfeldzug. 6. Der Winterfeldzug. 7. Der Friede von Paris. 8. Der Wiener Kongress. 9. Die hundert Tage. 10. Der Deutsche Bund. 11. Die Karlsbader Beschlüsse. 12. Ergebnisse. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf. Verlag von T. S. W. Dieß Nachfolger in Stuttgart.

„Kapitän Mikhelsen, ein arktischer Robinson.“ Mit über 100 einfarbigen und bunten Abbildungen und einer Karte. Elegant gebunden 10 Mk. Auch in 18 Lieferungen zu je 50 Pf. Beginn loben im Verlage von G. A. Brochhaus in Leipzig zu erscheinen.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von T. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. Heft 18 und 19. Band 1. 31. Jahrgang. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

**Briefkasten.**

„M. M. in B. D.“ Das Werk ist uns nicht bekannt. Fr. C. M. in Swinemünde: Ihr „falscher“ Gruß von der Offize als Äquivalent für gute geistige Kost“ hat uns leider Strafporto eingetragen. Der Reichspost fehlte für die originelle Aufmachung offenbar das nötige Verständnis. Trotzdem aber Dank und frdl. Gruß. — A. B. in D.: Was

Sie von der „Rückwärtsrevidierung“ befürchten, das würde gerade durch Ihren Bericht eintreten, wenn er so, wie abgefaßt, Aufnahme fände. — W. R. in Spandau: Das Ihre Ausschlußangelegenheit betreffende Schreiben haben wir dem Berliner Gauvorstande zur Kenntnisnahme übersandt. Von einer Veröffentlichung muß abgesehen werden. — St. M. in Telfchen: Mühen darüber erst nähere Erkundigungen einzuziehen. — Nach Leer: Die Abzugsfähigkeit der Verbandsbeiträge bei der Steueranmeldung ist in Preußen noch nicht endgültig entschieden. Das letzte bemerkenswerte Urteil stammt vom Vorsitzenden der Berufungskommission bei der königlichen Regierung in Düsseldorf; es ist aber leider nicht unbedingt ausschlaggebend. Jede Steuerbehörde kann sich nach wie vor auf einen andern Standpunkt stellen, solange nicht das höchste zuständige Gericht in Preußen, das Kammergericht, darüber endgültig entschieden hat. Eine solche Entscheidung herbeizuführen, ist jedoch sehr schwer. In erster Linie stützt sich manche Steuerbehörde darauf, daß eine Abzugsfähigkeit der Gewerkschaftsbeiträge deshalb nicht zulässig sei, weil sie keine öffentlich-gesellschaftliche Grundlage haben und auch in der Regel dafür keine gesetzlich garantierten Rechte in Frage kommen. Immerhin könnte aber dort der Versuch gemacht werden, unter Berufung auf das schon erwähnte Urteil des Düsseldorfer Landgerichts, das wir in Nr. 12 des vorigen Jahrganges unter „Rundschau“ bekanntgegeben haben, die Steuerbehörde davon zu überzeugen, daß auch ohne gesetzliche Grundhabe die Anschauung des Düsseldorfer Vorsitzenden der Berufungskommission die vernünftigeren und gerechtere ist. — Nach Lissa: Den Stiftungsfestmännern frdl. Dank! — P. B. in Fr.-B.: Dankend erhalten. Verwendung demnächst. — P. S. in S.: War noch nicht gelaubt. Dank und Gruß! — An diverse: Generalversammlungstermin in nächster Nummer.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissohof 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Köln.** Nach Schließung des Volkshauses befindet sich der Verkehr im Restaurant Imhoff, Perlengraben 36.

**Adressenveränderungen.**

**Breslau.** (Schleißer Maschinenvereine.) Vorsitzender: Hermann Stenzel, Schleierwerderstraße 38 part. (vom 1. April ab: Bismarckstraße 15 III).

**Danzig.** (Maschinenmeisterverein.) (Wespr.) Vorsitzender: Albert Müller, Bismarckstraße 2 a; Kassierer: Otto Schwarz, Trinitatis-Kirchengasse 8.

**Dresden.** (Stereotypen und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Paul Heinjusz, Riesaer Straße 21.

**Goch** (Rhd.). Kassierer: Wilhelm Boomers, Wiesenstraße 19.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): In Engen (Baden) der Schweizerdegen Emil Geier, geb. in Moosbach (Baden) 1893, ausgl. daf. 1911; war

schon Mitglied. — E. Adoff in Konstanz, Wiesenstraße 21. In Geringswalde der Seher Paul Lehmann, geb. in Luckau 1894, ausgl. daf. 1912; war noch nicht Mitglied. — Oswald Große in Chemnitz, Rewitzer Straße 8 II. In Götta der Schweizerdegen Gustav Schröder, geb. in Angermünde 1875, ausgl. daf. 1894; war schon Mitglied. — A. Eckhöfer, Mohrenstraße 18. In Prenzlau der Seher Johannes Witke, geb. in Greifenberg i. P. 1893, ausgl. daf. 1912; war noch nicht Mitglied. — A. Rabener in Eberswalde, Schindlerstraße 1.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Beuthen** (D.-Schl.). Der Seher Otto Findler aus Zarnowitz D.-S., welcher am 6. Dezember 1912 ohne Buch von hier abgereist ist, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen umgehend nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

**Chemnitz.** Der Seher Alwin Günther aus Chemnitz, ohne Buch und mit Resten abgereist, wird aufgefordert, umgehend seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

**Verammlungskalender.**

**Annaberg-Buchholz.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokale.

**Banckenburg a. S.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bär“ (Chr. Reintede).

**Burgstädt.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhause“.

**Chemnitz.** Generalversammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhause“, Sonnenstraße 42.

**Dresden.** Korrekturen- und Hauptversammlung am Sonntag, dem 16. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16.

**Stereotypen- und Galvanoplastiker-Verammlung** Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Schnadts Gasthaus, Al. Plauenische Gasse 2.

**Essen** (Ruh). Stereotypen- und Galvanoplastiker-Verammlung (Gau Rheinland-Westfalen) Sonntag, den 16. Februar, mittags 1 1/2 Uhr, in Duisburg, im Lokale Kaiser, Universitätsstraße.

**Freiberg i. S.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, in „Stadt Dresden“.

**Glogau.** Maschinenmeister-Verammlung Sonntag, den 16. Februar, mittags 1 Uhr, in Purzels Restaurant, Al. Dberstraße 13.

**Kattowitz.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.

**Ludwigshafen a. Rh.** Ortsgeneralversammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Bräudenkopf“.

**Radeb.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshause“.

**Waldenburg.** Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Zaubehaue zum Gutenberg“.

**Neubabelsberg.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Friedensburg“, Gäßelstraße.

**Plauen i. B.** Verammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshause Schillerparken“.

**Reichardt.** Bezirksversammlung Sonntag, den 16. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Schützenhof“, Am Anger.

**Potsdam.** Verammlung Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 12 1/2 Uhr, im „Friedrichsgarten“ (früher „Viktoriagarten“), Al. Unter den Eichen.

**Reichenhain.** Bezirksversammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Höllers Gasthof“, Bahnhofstraße.

**Wittenberg.** Maschinenmeister-Verammlung (Bezirk Dessau) Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, in Freudenbergs Restaurant, Kurfürstenstraße.

**Zittau.** Verammlung Sonntag, den 16. Februar, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im „Volkshause“.

**Maternobormaschine**

kauft G. G. G. in Stettin, Stempelfabrik, Fürthli B.

Durch die Verlegung unseres Geschäfts nach untern neu erbauten vergrößerten Lokalitäten haben wir die Befehung neuerrichteter Stellen, eines

**Faktors**

und eines

**Korrektors**

nödig. Die Faktorstelle umfasst in der Hauptsache unsere Abzidenzabteilung. Geschmakt für Merkantilarbeiten und Sicherheit in deren Berechnung (einschließlich Verrech) sind daher Bedingung. Zeitungsfähige, hingere, energische und arbeitsfreudige Herren wollen sich mit Angabe von Gehaltsanspruch und der liebsten Tätigheit (Zeugnisabschriften, Referenzen) melden. Eintritt nach Vereinbarung. Bei Zufriedenstellung sind beide Posten dauernd. Mannheimelere Vereinsdrucker, Verlagsanstalt, Mannheim. [267]

Zwei tägliche

**Abzidenzseher**

geschickt und modern arbeitend, für bessere Katalog- und Abzidenzarbeiten zum gelegentlichen Antritte gesucht. Ausführlche Offerten und selbstgefertigte Arbeiten erbeten an Hoffmann & Reiter, Görlich (Schl.). [270]

Züchtiger

**Maschinenmeister**

an rasches und feines Arbeiten gewöhnt, für zwei Viktoriatiegel

auf sofort oder später nach Stuttgart gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen unter Nr. 274 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Weiterprüfung** in Buchdruckerverb. v. G. B. und Mitglied der Meisterprüfungskommission in München 2 SO. 2. Auflage, 2,60 Mk. auf Postcheckkonto 910 oder Nachnahme. [48]

**Typographische Rundschau** Monatschrift mit jährl. 700 mod. Satzvorlagen. Probeheft 30 Pf. Herausg. J. Wienand, Bonn I.

**Stereotypen**

für Flach- und Rundstereotypen zum alsbaldigen Eintritte gesucht. Werte Angebote mit Zeugnisabschriften und Wohnanpruch an die Mannheimer Vereinsdrucker in Mannheim. [249]

**Stereotypen**

gelernter Seher, mit Plattenkorrekturen bewandert, in dauernde, gutbezahlte Position gesucht. Gerhard Stalling, Idenbun g. Str. [279]

**Faktor**

lichf. Fachm., in allen Sparf. des mod. Zeitungsw. u. d. Abzidenz (Entw., Tonplattenf.) gründl. vertraut, zuverlässig, und Disponent, sucht sich per sofort oder später in selbständige geführte Position zu verändern. Gest. Off. u. M. E. 5632 an Rud. Mosse, München.

**Galvanoplastik-Fachmann**

anerkannt tüchtiger Praktiker, wünscht als Teilhaber

oder Werkführer in gut angelegte Anstalt einzutreten. Angebote mit den nötigen Angaben erbeten unter Nr. 269 an die Geschäftsstelle D. 21. [272]

**Flensburg**

Sonnabend, 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshause“: Verammlung. Tagesordnung: 1. Kartellbericht; 2. Wahlen; 3. Anträge zum Goutag und Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl; 4. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung; 5. Beschlüssenes. [272]

**Graphische Fachklassen**

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photochemische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

**Arzneivernebler Kaltinhalator**

„Triplex“ von Dr. Fellerer,

vorzüglich bei Katarrh, Hals-, Stimm-, Nhma-Leiden, 3fachen Nebel, trocken, feuch, nach Aus Urteilen: Ein Lehrer. Durch 2. grohart. Erf. Ein Pfarer: App. ist non plus ultra. Herr L. in Ch.: App. ist 10 fach wert. Pr. 7,50 Mk. Hofapotheke Gressling

Am 9. Februar verstarb unser Mitglied, der Schriftföher

**Walter Görz**

aus Böhlich-Chrenberg, im Alter von 22 Jahren an Lungenhaharr. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Halle a. S., den 10. Februar 1913. Der Ortsverein Halle a. S.

**Graphische Bereinigung Dresden**

Freitag, 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16: Vortrag über: Zeitgemäße Abzidenzabteilung (mit Ausstellung von Arbeiten aus der Praxis). Bepredung der aus- gestellten Arbeiten. [277]

Am 8. Februar verstarb plötzlich und unerwartet unser alleseitig verehrter Chef, Herr Direktor

**Albinus Rosentanz**

Er war uns stets ein gerechter Vorgesetzter, und wir werden sein Andenken in Ehren halten. Kiel, den 8. Februar 1913. Die Verbandsmitglieder der „Kleier Zeitung“.

**Nachruf!**

In der Nacht vom 6. zum 7. Februar verschied nach kurzem Leiden der Buchdruckereibesitzer Herr

**Peter Englert**

Der Entschlafene war uns stets ein gerechter und wohlwollender Prinzipal, und wir werden ihm stets ein ehren- des Andenken bewahren. [275]

Frankfurt a. M., den 10. Februar 1913.

Das Personal der Druckerei Englert & Schloffer.